

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Volker Beck (Köln),
Marieluise Beck (Bremen), Alexander Bonde, weiterer Abgeordneter und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/7187 –**

**zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen),
Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 16/4932, 16/6241–**

Aktuelle Entwicklungen in Russland und ihre Auswirkung auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland

A. Problem

Mit dem Entschließungsantrag will die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bundesregierung auffordern, dafür zu werben, dass die Europaratsmitglieder, die das 13. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) noch nicht ratifiziert haben, dies nun tun. Bei der Russischen Föderation soll dafür geworben werden, dass sie das 6. Zusatzprotokoll als letztes Europaratsmitglied ratifiziert und auch das 13. Zusatzprotokoll unterzeichnet und ratifiziert. Die Bundesregierung soll ferner aufgefordert werden, im Hinblick auf die in die 62. Generalversammlung der Vereinten Nationen eingebrachte Resolution zur Abschaffung der Todesstrafe bei allen Staaten auf eine endgültige Abschaffung der Todesstrafe zu drängen. In Gesprächen mit der neugewählten Duma soll die Bundesregierung diese auffordern, nicht länger eine Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu blockieren und das 14. Zusatzprotokoll zur EMRK zu ratifizieren.

B. Lösung

Ablehnung des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7187 abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2007

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Erika Steinbach
Berichterstatterin

Johannes Jung (Karlsruhe)
Berichterstatter

Burkhardt Müller-Sönksen
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Erika Steinbach, Johannes Jung (Karlsruhe), Burkhardt Müller-Sönksen, Michael Leutert und Volker Beck (Köln)

I. Überweisung und Mitberatung

Der Entschließungsantrag auf **Drucksache 16/7187** wurde in der 127. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. November 2007 dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur federführenden Beratung sowie dem Auswärtigen Ausschuss, dem Innenausschuss und dem Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Entschließungsantrag will die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bundesregierung auffordern, dafür zu werben, dass die Europaratsmitglieder, die das 13. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) noch nicht ratifiziert haben, dies nun tun. Bei der Russischen Föderation soll dafür geworben werden, dass sie das 6. Zusatzprotokoll als letztes Europaratsmitglied ratifiziert und auch das 13. Zusatzprotokoll unterzeichnet und ratifiziert. Die Bundesregierung soll ferner aufgefordert werden, im Hinblick auf die in die 62. Generalversammlung der Vereinten Nationen eingebrachte Resolution zur Abschaffung der Todesstrafe bei allen Staaten auf eine endgültige Abschaffung der Todesstrafe zu drängen. In Gesprächen mit der neugewählten Duma soll die Bundesregierung diese auffordern, nicht länger eine Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu blockieren und das 14. Zusatzprotokoll zur EMRK zu ratifizieren.

In ihrem Antrag weist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf hin, dass das 6. Zusatzprotokoll vom 28. April 1983 zur EMRK die Abschaffung der Todesstrafe betreffe. Diese werde zumindest für Friedenszeiten vollständig abgeschafft. Das 6. Zusatzprotokoll sei 1985 in Kraft getreten und bisher von 46 Staaten ratifiziert worden. Die Russische Föderation sei das einzige Europaratsmitglied, das dieses Protokoll noch nicht ratifiziert habe. Auch das 13. Zusatzprotokoll vom 3. Mai 2002, das in seiner Konsequenz den letzten Schritt gehe und die Abschaffung der Todesstrafe unter allen denkbaren Umständen fordere, sei von Russland nicht ratifiziert und bis heute auch noch nicht einmal gezeichnet. Das 14. Zusatzprotokoll zur EMRK sei von der Duma ebenfalls noch nicht ratifiziert worden. Dadurch werde eine Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte blockiert.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Entschließungsantrag am 12. Dezember 2007 in seiner 54. Sitzung beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung empfohlen.

Der **Innenausschuss** hat den Entschließungsantrag am 12. Dezember 2007 in seiner 55. Sitzung beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung empfohlen.

Der **Rechtsausschuss** hat den Entschließungsantrag am 12. Dezember 2007 in seiner 81. Sitzung beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage in seiner 48. Sitzung am 12. Dezember 2007 beraten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte, man wolle den anderen Fraktionen erneut anbieten, ein gemeinsames Papier zu erarbeiten, da dieser Antrag anders sei als Anträge, die viele politische Einschätzungen enthielten. Der vorliegende Entschließungsantrag enthalte lediglich die Aufforderung, dass man sich darum bemühen sollte, mit Russland übereinzukommen, das 6., das 13. und das 14. Zusatzprotokoll zur EMRK zu unterzeichnen. Auch die russischen Befürworter wollten, dass Deutschland stärkere Signale aussendet. Es sei deshalb kein sachlicher Grund zu sehen, diesen Antrag abzulehnen. Eventuell könne der Antrag auch geteilt und der Forderungsteil gemeinsam angenommen werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hielt dem entgegen, dass seitens der Bundesregierung die Dinge auf den Weg gebracht worden seien. Vor diesem Hintergrund sehe man keine Notwendigkeit, diesem Antrag zuzustimmen.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass die Unterzeichnung aller Zusatzprotokolle 2007 schon einmal im Deutschen Bundestag beschlossen worden sei und man keinen Sinn darin sehe, dies erneut zu tun. Zwei Sitzungswochen zuvor habe man gemeinsam einen Antrag zur Abschaffung der Todesstrafe und zum Moratorium bei der Generalversammlung beschlossen. In diesen sei Russland mit einbezogen worden. Darüber hinaus habe man im Frühjahr 2007 einen Antrag zur Aufforderung Russlands zur Zeichnung des 14. Zusatzprotokolls zur EMRK beschlossen. Damit sei aus Sicht der Fraktion der SPD die Sache erledigt, da alle russischen Parlamentarier darüber informiert worden seien. Es mache keinen Sinn, dies in jeder Sitzungswoche zu wiederholen.

Als Ergebnis der Beratung hat der Ausschuss den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7187 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die

Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP
abgelehnt.

Berlin, den 12. Dezember 2007

Erika Steinbach
Berichterstatterin

Johannes Jung (Karlsruhe)
Berichterstatter

Burkhardt Müller-Sönksen
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter

